



Herausforderungen

Fordernde Zeiten
für Menschen & Unternehmen

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



BUNDESVORSTANDSSITZUNG
Anregende Diskussion
mit BDI-Präsident Russwurm

Seite 2



BESUCH IN DEN USA
Transatlantische
Zusammenarbeit fördern

Seite 4



WIEN
ViennaUP'22: 10.000 Besucher
aus 67 Nationen

Seite 10



v.l.n.r. hinten: Mitterbauer, Neumayer, Birtel, Koren, Löwy; v.l.n.r. vorne: Kocher, Gewessler; Habeck, Klor-Berchtold

Deutscher Vizekanzler Habeck zu Gast im Haus der Industrie

Gipfeltreffen der Politik und Wirtschaft zum Austausch über die aktuelle Energiekrise.

Auf Einladung der Deutschen Handelskammer in Österreich (DHK) und der Industriellenvereinigung (IV) kam Vizekanzler, Wirtschafts- und Klimaschutzminister der Bundesrepublik Deutschland, Robert Habeck zu einem Energie-Round-Table in exklusiver Runde mit den Spitzen der österreichischen wie deutschen Industrieunternehmen zusammen. Der Austausch fand im Rahmen seines eintägigen Wien-Besuches Mitte Juli im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz statt.

Aktuelle Themen, wie die Energieversorgungssicherheit und der Ausbau der In-

frastruktur standen im Mittelpunkt der Gespräche, an auch Energieministerin Leonore Gewessler und Wirtschaftsminister Martin Kocher teilnahmen. Denn die aktuelle Situation ist für die österreichische Industrie im höchsten Maße bedrohlich. In Österreich gehen rund 50 Prozent des Gesamtgasbedarfs – anders als in Deutschland mit rund 30 Prozent – in die Industrie. Dazu kommt, dass der Anteil an russischem Gas in Österreich rund 80 Prozent beträgt. In anderen Worten: Die heimische Industrie ist anteilmäßig noch mehr von den drohenden Entwicklungen betroffen als die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit. Vor diesem Hintergrund forder-

te Delegationsleiter und Vizepräsident der Industriellenvereinigung F. Peter Mitterbauer abermals eine fossile Übergangsstrategie: „Deutschland ist nicht nur die größte europäische Volkswirtschaft, sondern auch unser wichtigster Handelspartner. Die Politik, gerade auch die Energiepolitik der deutschen Bundesregierung, ist für den ganzen Kontinent maßgeblich, insbesondere in der aktuell sehr angespannten und sich vermutlich weiter zuspitzenden Energieversorgungs- und Energiepreissituation. Es braucht für Österreich eine fossile Übergangsstrategie, mittels derer auch im Falle eines Gas-Lieferstopps die Energieversorgung für die nächsten Monate und Jahre sichergestellt wird“, so Mit-



Vizekanzler Habeck beim Gipfeltreffen

terbauer, denn: „Niemand kann heute sagen ob, wann und in welchem Ausmaß die russischen Gaslieferungen in gewohnter Form aufrechterhalten werden können. Diese Situation ist für die österreichische Industrie in höchstem Maße bedrohlich.“

Anregende Diskussionen und Ehrungen im Bundesvorstand im Juni

Die Sitzung des Bundessvorstandes im Juni stand dieses Mal unter dem Zeichen der Halbzeit – so wurde die Zeit genutzt, um gemeinsam über Erreichtes Resümee zu ziehen, über aktuelle Herausforderungen zu diskutieren und Visionen für die Zukunft vorzustellen.

Als Gast durften wir Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie in Wien begrüßen. Die aktuelle Situation und das Krisenmanagement der beiden Regierungen dominierte die Debatte. So meinte IV-Präsident Georg Knill: „Wir würden uns mehr Habecks wünschen hier in Österreich“, also konkret ein Krisenmanagement, das mehr Kommunikation beinhaltet, Pragmatismus und mehr Lösungsansätze. Auch der Chef des deutschen Schwesternverbandes Russwurm meinte, seine Regierung mache es „für die Rahmenbedingungen ganz gut“. Jedoch lehnte er den Vergleich beim Abbau der Abhängigkeit von Gas zwischen Österreich und Deutschland ab, da dürfe man „nicht Äpfel mit Birnen vergleichen“ und solle „nicht mit Zahlen spielen“. Es gehe darum, „im Gespräch

zu bleiben und möglichst die Katastrophe zu vermeiden“.

Staffelübergabe in Oberösterreich: Pierer folgt auf Greiner

Im Rahmen des BUVO wurde der langjährige Präsident der IV-Oberösterreich Axel Greiner geehrt und sein Nachfolger Stefan Pierer als neuer Präsident herzlich willkommen geheißen. Die Industrie-Familie nutzte die Gelegenheit, um Axel Greiner für sein Engagement und seine Verdienste als Präsident der IV-Oberösterreich zu danken. Während seiner Amtszeit sind zahlreiche Erfolge gelungen, wie etwa eine massive Steigerung der F&E-Ausgaben, der Ausbau von MINT-Ausbildungsplätzen und der Startschuss für die TU Linz.

50 Jahre BuVo-Mitgliedschaft Ehrenpräsident Peter Mitterbauer

Eine weitere Ehrung ging an Ehrenpräsident Peter Mitterbauer für sein außergewöhnliches Engagement in den vergangenen 50 Jahren. Auch als IV-Landespräsident und Präsident der Bundesorganisation hat Ehrenpräsident Peter Mitterbauer die Industriellenvereinigung und den Wirtschaftsstandort entscheidend geprägt.



IV-Präsident Georg Knill mit Siegfried Russwurm



IV-Präsident Georg Knill mit Ehrenpräsident Peter Mitterbauer

Der Standort braucht Energie

Ein umfassendes Konzept für den Notfall und ein Energiemasterplan sind alternativlos.

Das standort- und energiepolitische Zukunftsszenario lässt sich in wenigen Worten beschreiben: Fließen nur mehr reduzierte Mengen oder gar kein Gas mehr nach Europa und Österreich, dann befinden wir uns in einer Krise, wie wir sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Inklusive massiver Konsequenzen für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensbedingungen in Österreich. Da reicht es nicht, wenn die Regierung die Entwicklung nur beobachtet. Und da ist es vollkommen inakzeptabel, wenn sich manche über den vermeintlichen Turbo-Effekt der Versorgungskrise für das Projekt der Energiewende freuen. Österreich muss den Tatsachen ins Auge sehen: 1. Der Standort braucht für Wertschöpfung und Arbeit Energie. 2. Gas aus Russland ist kurz- und mittelfristig definitiv nicht vollständig substituierbar. 3. Die Klima- und Energiewende kann nur als Transformationsprozess mit der und nicht gegen die Wirtschaft gelingen. Was Österreich jetzt (endlich) braucht, sind ein kurzfristiger Notfall- und ein mittelfristiger Energie-Masterplan.

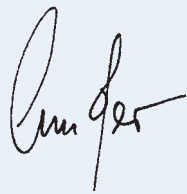
Kurzfristig gilt: Ein Gaslieferstopp muss auf jeden Fall vermieden werden. Wenn es zu einer Energiemangellage kommt, braucht es klare Prioritäten auch im Interesse des Standorts und seiner Arbeitsplätze. Österreich muss alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Industriebetriebe nicht Opfer der Krise werden.

Mittelfristig geht es darum, das Projekt der Klima- und Energiewende endlich

ökonomisch zu denken, weil die Auswirkungen auf alle Bereiche gravierend sein werden. Moderne Energiepolitik muss Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen berücksichtigen. Sonst können ehrgeizige, aber grundsätzlich richtige Ziele nicht erreicht werden. Strategien, wie etwa die präsentierte Wasserstoff-Strategie sind erste Schritte, die rasch konkretisiert und in die Realität umgesetzt werden müssen. Wenn wir bis 2030 100 Prozent des elektrischen Stroms aus erneuerbarer Energie beziehen wollen, dann muss der Startschuss jetzt fallen – und nicht irgendwann.

Wir müssen endlich vom Reden und Analysieren ins strategisch fundierte Tun kommen. Mit der Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes und der Novelle des Energielenkungsgesetzes haben Bundesregierung und Nationalrat erste Schritte in Richtung Rechtssicherheit gesetzt. Aber ohne klares Notfallkonzept und ohne einen ökonomisch abgesicherten Energie-Masterplan steht unsere Energiezukunft auf mehr als wackeligen Beinen. Das können und dürfen wir uns im Interesse von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Österreich nicht leisten.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



IV-MEINUNG

WIR GRATULIEREN ZUR VERLEIHUNG DER EHRENZEICHEN



Großes Goldenes Ehrenzeichen der Republik Österreich für Vizepräsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine Herlitschka, MBA



Großes Silbernes Ehrenzeichen der Republik Österreich für Mag. Elisabeth Eva Engelbrechtmüller-Strauss



Goldenes Ehrenzeichen des Landes OÖ für DDr. Rauscher



Goldenes Ehrenzeichen des Landes OÖ für Dipl.-Chem. Dr. Axel Greiner

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 13. Juli war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

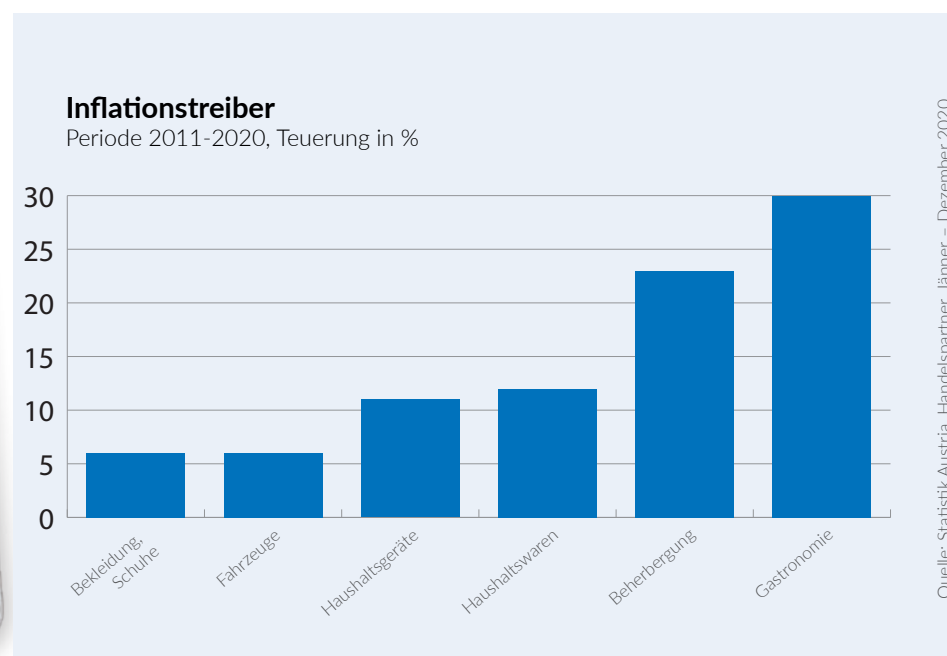
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Laut einer Schnellschätzung der Statistik Austria klettert die Inflation in Österreich weiter und erreicht voraussichtlich ein neues Hoch von 8,7 Prozent. Das ist der höchste Wert seit September 1975 - also seit fast mehr als 47 Jahren. In der Eurozone sind die Verbraucherpreise im Juni um 8,6 Prozent gestiegen, damit wurde die höchste Inflation seit der

Einführung des Euro erreicht. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg laut vorläufiger Schnellschätzung gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls um 8,7 Prozent. Gegenüber dem Vormonat stieg das Preisniveau laut HVPI um 1,2 Prozent. Die wesentlichen Treiber der Inflation sind insbesondere Gastronomie und Beherbergung.



ZAHLE DES MONATS

48.300

OFFENE STELLEN IM PRODUZIERENDEN SEKTOR

Der Fachkräftemangel wird zunehmend zu einem Arbeitskräftemangel und zieht sich mittlerweile durch fast alle Branchen. Wenn man den Vergleich zieht, so haben sich die offenen Stellenangebote im produzierenden Sektor in den letzten zehn Jahren beinahe vervierfacht.

Derzeit sind im produzierenden Sektor beim AMS über 48.300 offene Stellen und ca. 3.250 offene Lehrstellen gemeldet. Im Vergleich dazu waren vor zehn Jahren (2012) noch circa 12.800 offene Stellen und lediglich circa 750 offene Lehrstellen gemeldet. Technische Berufe und Jobs in der Industrie sind dabei äußerst attraktiv. Es handelt sich dabei um zukunftsfähige und sehr gut bezahlte Arbeitsplätze. Es gibt außerdem gute Weiterentwicklung- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Mitarbeiter.

Transatlantische Zusammenarbeit forcieren

Bei Gesprächen mit hochrangigen US-Vertretern betonte IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer die Wichtigkeit eines transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens.

Im Rahmen der zweitägigen Washington-Reise von IV-Vizepräsident Peter Mitterbauer standen neben fairem Handel, Klimaschutz und WTO-Reform u.a. auch die politischen und ökonomischen Auswirkungen der Invasion Russlands in der Ukraine im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik.

Enge Beziehungen zwischen USA und Österreich

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Österreich sind eng: Die USA sind nach Deutschland und Italien der drittgrößte Warenexportmarkt für Österreich (11,10 Mrd. Euro). Exportiert werden hauptsächlich Maschinen, Fahrzeuge und Getränke; importiert unter anderem pharmazeutische Erzeugnisse, Fahrzeuge und Maschinen. Von den 800 in den USA aktiven österreichischen Unternehmen sind etwa 250 in der verarbeitenden Industrie tätig. Rund 335 US-Unternehmen sind in Österreich präsent, US-Investitionen in Österreich sichern 16.600 Arbeitsplätze.

Exporte fördern und Standards setzen

„Die engen Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union bilden das stabile Fundament für die ausgezeichnete wirtschaftliche Zusammenarbeit von Millionen von Menschen. Auch für Österreich sind die USA von enormer wirtschaftlicher Bedeutung, wie die Handels- und Investitionszahlen zeigen“, so Mitterbauer. Er stellte einmal mehr klar: „Der Abschluss eines



F. Peter Mitterbauer absolvierte mehrere Arbeitstermine in Washington, D.C.



Jayme White (US-Handelsbehörde USTR)

transatlantischen Handelsabkommens bleibt wesentliches Ziel für die heimische Industrie. Es würde Exporte fördern und weltweit Standards in vielen Bereichen setzen. Die internationale Zusammenarbeit mit den USA sollte verstärkt werden. Es gilt mehr denn je, globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen“. Mitterbauer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für die Unterstützung der Gespräche im Rahmen des Handels- und

Technologierates (TTC) aus, um eine Beseitigung von Handelsschranken und eine bessere Abstimmung in Fragen des internationalen Wettbewerbs zu ermöglichen. Aktuell hat die EU 46 aktive Handelsabkommen mit 74 Ländern. Derzeit finden Verhandlungen unter anderem mit Australien, Neuseeland und Indonesien statt. Mit Indien sollen die Gespräche nach neun Jahren Pause wieder aufgenommen werden.

INFORMATION

Die USA sind nach Deutschland und Italien der drittgrößte Warenexportmarkt für Österreich. Rund 50.000 Arbeitsplätze in den USA werden durch österreichische Investitionen gesichert. Der Abschluss eines transatlantischen Handelsabkommens bleibt daher wesentliches Ziel für die heimische Industrie. Es würde Exporte weiter fördern und weltweit Standards in vielen Bereichen setzen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den USA sollte verstärkt werden, denn es gilt mehr denn je, globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen.



Forschungsprämie: IV-Forderung „Teilbescheid“ erfolgreich umgesetzt!

Die Forschungsprämie ist zusammen mit der direkten F&E-Förderung ein wesentliches Instrument zur Stärkung des FTI-Standortes. Durch sie werden F&E-Aktivitäten in Österreich forciert und zusätzlich F&E aus dem Ausland nach Österreich geholt. F&E ist entscheidend, um Unternehmen zukunftsfit und krisenresilienter zu machen. Ein Standort braucht innovative Unternehmen, um die Technologiesouveränität voranzutreiben und erhebliche Beschäftigungs- und Wertschöpfungssteigerungen zu erzielen.

Um mehr Planungs- und Rechtssicherheit zu erlangen sowie Verwaltungsverfahren zu reduzieren, forderte die

IV nachdrücklich die Umsetzung des „Teilbescheids“ und damit die Schaffung der Möglichkeit einer Auszahlung unstrittiger Teile des Forschungsprämienantrags. Dies konnte nun mit dem Anfang Juli im Nationalrat beschlossenen Abgabenänderungsgesetz 2022 erfolgreich umgesetzt werden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist dies eine erhebliche Hilfestellung, um die Liquidität der Unternehmen zu erhöhen. Erfreulicherweise wird es darüber hinaus künftig möglich sein, einen fiktiven Unternehmerlohn in die Bemessungsgrundlage der Forschungsprämie einzubeziehen, was insbesondere jungen und kleineren Unternehmen zugutekommt.

Klimaschutz als oberste Prämisse des Rechtsstaats?

Hochkarätige Juristen-Runde diskutierte rechtspolitische Fragestellungen der Klima- und Energiewende.

Die Energiewende erfordert neben technologischen Innovationen auch die richtigen Impulse aus der Politik. Zu den rechtlichen Aspekten rund um das Thema Klimaschutz diskutierten daher am 5. Juli die Juristen Prof. Piska (Uni Wien), RA Dr. Müller (Dorda Rechtsanwälte), RA Dr.

Rabl (ecolox), RA Dr. Zehetner (KWR Rechtsanwälte) und Prof. Bergthaler (JKU Linz). Die Veranstaltung am Juridicum fand in Kooperation mit IV, der Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer statt.

Die Experten waren sich einig, dass der aktuelle Entwurf des Klimaschutzgesetzes

zahlreiche Problempunkte aufweist. Klimaziele seien politisch und gesellschaftlich natürlich nachvollziehbar, deren Verankerung in der Verfassung wäre aus rechtlicher Sicht jedoch bedenklich. Denn damit würde der Klimaschutz über andere, ebenso notwendige Grundrechte gestellt werden. Die Klimaneutralität im Verfassungsrang sei

ein Teil dieser Symboldebatte, die jedoch nichts an den CO₂-Emissionen ändert. Laut den Experten sei angesichts der langsamen UVP-Verfahren und des schleppenden Fortschritts in der Energiewende vielmehr De-regulierung das Gebot der Stunde. Die Diskutanten waren sich einig, dass man hier bei der Wurzel des Problems ansetzen müsse.

Kindertag der Industrie – wir verändern die Welt mit Technologie und Digitalisierung!

1.100 Kinder zu Gast beim Kindertag der Industrie (KIDI): Zur spielerischen Vermittlung naturwissenschaftlicher und technischer Inhalte veranstaltet die IV Jährlich den KIDI und bietet damit spannende Einblicke in die Welt der Technik.

Kann man Strom selbst erzeugen? Wie funktionieren eigentlich Spielkonsolen? Wie werden Medikamente hergestellt? Was haben Baustoffe mit einer besseren Welt zu tun? Wozu braucht man eigentlich Leiterplatten? Kann man mit flüssigem Stickstoff „Frozen Yogurt“ herstellen? Diesen und vielen weiteren spannenden Fragen gingen über 1.000 Kinder in der letzten Schulwoche vor den Sommerferien beim Kindertag der Industrie (KIDI) auf den Grund. Der KIDI fand heuer bereits zum 9. Mal im Haus der Industrie in Wien statt. Ursprünglich als reine Präsenzveranstaltung konzipiert, gibt es den KIDI seit dem letzten Jahr auch in einer ergänzenden digitalen Variante, die in den Bundesländern umgesetzt wird.

Die Kernidee beider Konzepte ist, Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 14 Jahren in verschiedenen, von Unternehmen durchgeführten Junior-Labs die Welt der Industrie näherzubringen und Wissen zu verschiedenen Tätigkeitsfeldern in Unternehmen zu vermitteln. Und zwar persönlich, hands-on und mit allen Sinnen. Hauptaugenmerk der Junior-Labs liegt dabei auf den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie auf „Industrie 4.0“ und den vielschichtigen Möglichkeiten, die sich durch Technologie

und Digitalisierung ergeben. Dies gilt nicht nur in persönlicher und beruflicher Hinsicht, wo große Chancen vor allem für interessierte Mädchen warten, sondern auch, was das Potenzial zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft angeht. Ganz nach dem Motto: Wer MINT kann, kann die Welt verändern!

Ein besonderes Angebot gab es dieses Jahr auch für geflüchtete Kinder aus der Ukraine, in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF).



MINT – Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Knapp 500 Bildungseinrichtungen tragen bereits das begehrte MINT-Gütesiegel

Mitte Juni erstrahlte der große Festsaal im Haus der Industrie wieder ganz in „mint“, als Bildungsminister Martin Polaschek, IV-Präsident Georg Knill, Vizerektorin Evelyn Süss-Stepancik (PH Wien) und Vizepräsident Harald Pflanzl (Wissensfabrik Österreich) das begehrte „MINT-Gütesiegel 2022-2025“ verliehen. Zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie konnte die „MINT-Gala“ dabei wieder vor 250 geladenen Gästen über die Bühne gehen.

Die Nachfrage nach dem Qualitätslabel, das für begeistertes Lernen und Lehren

in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) vergeben wird, ist auch nach sechs Ausschreibungsrunden ungebrochen hoch. Neben den 61 Bildungseinrichtungen, die zum ersten Mal ausgezeichnet wurden und im Rampenlicht der MINT-Gala standen, konnten sich weitere 102 Kindergärten und Schulen für eine Re-Zertifizierung qualifizieren. Diese werden in den nächsten Monaten bei Festveranstaltungen in den Bundesländern durch IV-Landesgruppen und Bildungsdirektionen ausgezeichnet. In Summe sind aktuell 492 Bildungseinrichtungen in Österreich berechtigt, das MINT-Gütesiegel zu tragen. Als ausgezeichnete

„MINT-Schulen“ und „MINT-Kindergärten“ sind sie auf der MINT-Landkarte unter www.mintschule.at sichtbar.

Die jährliche MINT-Gala in Wien ist inzwischen zur „Institution“ und zum Knotenpunkt des MINT-Geschehens in ganz Österreich geworden. Ein Event, bei dem nicht nur innovative Bildungseinrichtungen öffentlich ausgezeichnet und zum leuchtenden Vorbild für andere werden. Die Veranstaltung bildet zunehmend auch den feierlichen Rahmen, innerhalb dessen die MINT-Community aus Politik, Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung gemeinsam mit Praktikern aus Kindergärten und Schulen über die

naturwissenschaftlich-technische Bildung von morgen diskutiert. Das Kinderorchester der Johann Sebastian Bach Musikschule Wien sowie „Chemie on Tour“ bereicherten das bunte Programm der MINT-Gala mit stimmungsvollen Showacts, bevor die anwesenden Gäste mit einem exklusiven MINT-Buffer und MINT-Bier überrascht wurden, ganz nach dem Motto: Mit MINT lässt sich die Welt verändern!

WEBTIPP

Mehr Informationen finde Sie unter www.mintschule.at



Halbzeit!

Fordernd wie nie waren die Rahmenbedingungen für die Arbeit des 2020 angetretenen IV-Präsidiums. Im Halbzeit-Interview zieht IV-Präsident Georg Knill Bilanz – und erklärt seine Pläne bis 2024.

Corona-Pandemie, Regierungsumbildungen, Ukraine-Krieg, historische Teuerung, Energiekrise, Arbeitskräftemangel – turbulenterer Rahmenbedingungen für ein IV-Präsidium als jene in den vergangenen zwei Jahren sind eigentlich nicht vorstellbar...

Nein, wirklich nicht! Umso erfreulicher ist es, dass wir in diesen beiden Jahren einiges erreichen konnten, wie beispielsweise massive Entlastungen für unsere Betriebe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch einmalige Maßnahmen gab es bereits eine Entlastung von über 37 Milliarden Euro. Maßnahmen wie die schrittweise Senkung der KÖSt und die Senkung der Lohnnebenkosten bringen ein jährliches Entlastungsvolumen von circa 3,5 Milliarden Euro. Entlastung gerade in herausfordernden Zeiten ist und bleibt das Gebot der Stunde für eine erfolgreiche Industrie.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung bringt weitere Maßnahmen, die die Handschrift der Industrie tragen. Was war Ihnen besonders wichtig?

Zum einen natürlich die kurzfristig wirk-

samen Maßnahmen wie die Strompreiskompensation und der Direktzuschuss für energieintensive Unternehmen. Das sind gemeinsam über 700 Millionen, die jetzt wirksam werden. Wir fordern natürlich eine Ausweitung über 2022 hinaus, denn die Energiekrise ist mit Jahresende nicht beendet. Auch die steuerfreie Mitarbeiterprämie ist in Zeiten des Fachkräftemangels als wertschätzendes Instrument durchaus wesentlich. Zum anderen sind die strukturellen Maßnahmen, wie die Abschaffung der kalten Progression mit einem Volumen von 16,5 Mrd. Euro bis 2026 und die weitere Senkung der Lohnnebenkosten um drei bis vier Milliarden Euro im gleichen Zeitraum wichtige Schritte. Bei den Lohnnebenkosten sind natürlich weitere Senkungen geboten, um auch zukünftig unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Sie haben den Fachkräftemangel angesprochen, der sich nach der Corona-Pandemie zu einem Arbeitskräftemangel weiterentwickelt. Wie kommen die Industriebetriebe zu den Mitarbeitern, die sie brauchen?

Das Problem weitet sich für den gesamten Standort und über alle Branchen aus. Wenn Aufträge nicht angenommen werden kön-

„Wir brauchen eine umfassende Fach- und Arbeitskräftestrategie zur nachhaltigen Bekämpfung des Fachkräftemangels.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Reform der RWR-Karte ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, damit die Betriebe zu Schlüsselkräften kommen. Dem müssen weitere Schritte folgen: Frauen und ältere Personen müssen ebenso besser für den Arbeitsmarkt mobilisiert werden, wie Jüngere für Berufsausbildungen. Knapp jedes dritte Unternehmen strebt laut aktuellem IV-Konjunkturbarometer die Anstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Das heißt: Unsere Betriebe wollen Arbeitsplätze schaffen, finden aber nicht die passenden Personen. Hier besteht auch Handlungsbedarf bei der geplanten Arbeitsmarktreform. Wir brauchen jedenfalls eine umfassende Fach- und Arbeitskräftestrategie zur nachhaltigen Bekämpfung des Mangels. Das ist auf unserer Agenda ganz weit oben.

Was erwarten Sie sich außerdem für die zweite Hälfte Ihrer Amtsperiode von der Politik?

nen, weil das Personal fehlt, verschlechtert das unsere Wachstumschancen massiv. Die von uns nachdrücklich geforderte

Vor allem Augenmaß und wirtschaftspolitische Vernunft. Wozu es auf keinen Fall kommen darf, sind neue Belastungen. Die



Vermögenssteuervorschläge der jüngeren Vergangenheit sind ebenso unverantwortlich wie Belastungen unter dem Vorwand des Klimaschutzes. In der Energiepolitik muss die Regierung endlich ihre Hausaufgaben machen. Zum raschen Ausbau der Energieinfrastruktur gibt es keine Alternative. Wer Energiewende sagt, muss auch für eine rasche Beschleunigung bei den Verfahren sorgen. Und natürlich muss die Politik auch mehr Effizienz durch Strukturreformen schaffen. Geld ist schließlich nicht abgeschafft.

Sie haben es in Ihrer bisherigen Amtszeit mit drei Kanzlern und auch mit drei Gesundheitsministern zu tun gehabt. Was bedeutet das für die politische Interessensvertretung?

Wir sind als Industriellenvereinigung exzellent aufgestellt und haben trotz aller politischen Umbildungen immer einen intensiven Austausch mit möglichst vielen relevanten Stakeholdern gepflegt. Ich selbst habe in den vergangenen zwei Jahren rund 500 IV-Termine wahrgenommen – etwa

mit Angela Merkel, Sebastian Kurz, allen Regierungsmitgliedern oder mit Ministern in Zentral- und Osteuropa. Das persönliche Gespräch ist und bleibt ein wichtiges Instrument unserer Interessensvertretung.

Wie wird sich die IV als Interessensvertretung weiterentwickeln?

Unser Ziel sind Vertiefung und die Positionierung der IV als moderne Netzwerkorganisation. Deshalb werden wir auch im Herbst das neue IV Media Center eröffnen. Bei aller notwendigen Verstärkung der Kommunikation und Außenwirkung ist mir aber auch die inhaltliche Grundlagenarbeit sehr wichtig. Deshalb haben wir uns bereits zu Beginn meiner Amtszeit der Erstellung einer umfassenden Strategie für den Standort Österreich gewidmet. Unsere Task Force zum Standortfaktor Energie hat ebenso wertvolle Grundlagen geschaffen, die wir jetzt interessenpolitisch ausspielen. Wer aus der Industrie kommt, weiß: Erfolg braucht ein starkes Fundament. Das bauen wir auch in der Industriellenvereinigung stetig aus.

Wichtige IV-Erfolge 2020-2022 auf einen Blick (Auswahl)

- Senkung der Körperschaftssteuer
- Senkung Lohnnebenkosten um insgesamt 0,3% (1,3 Milliarden Euro bis 2026)
- Abschaffung der kalten Progression (16,5 Millionen Euro bis 2026)
- Strompreiskompensation (235 Millionen Euro)
- Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Direktzuschüsse für energieintensive Unternehmen (500 Millionen Euro)
- Novellierung Energielenkungsgesetz für Klarheit im Notfall
- Aus für existenzbedrohende Mehrfachstrafen im Lohn- und Sozialdumping-Gesetz (Kumulationsprinzip)



„Wir müssen uns auf die Zukunft vorbereiten und sie gestalten!“

Axel Kühner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Gespräch



Herr Kühner, Sie leiten seit Herbst 2020 den Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Welche Ziele verfolgen Sie damit?

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einer Transformation, die durch die aktuellen multiplen Krisen noch weiter beschleunigt wird. Der Ausschuss für

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist der neue Ort in der IV, um über die Fragen der Zukunft, die Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft und den Beitrag der Industrie zu ihrer Bewältigung zu diskutieren. Gleichzeitig wollen wir einen guten Mix aus aktuellen Entwicklungen und dadurch notwendigen Maßnahmen einerseits und mittel- bis längerfristigen Strategien andererseits bearbeiten. Wir wollen uns mit dem Ausschuss aber auch sehr grundsätzlichen Fragestellungen, die unseren Ordnungsrahmen betreffen, widmen. Es ist ein Ort zum Nachdenken, Reflektieren und Planen über das interessenspolitische Tagesgeschäft hinaus. Der Ausschuss verschränkt wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen und betrachtet sie nie getrennt voneinander.

Auf welche Themen setzen Sie im Ausschuss?

Zu Beginn hat der Ausschuss sehr intensiv an der neuen Industriestrategie gearbeitet, mit einem Fokus auf Standort, Digitalisierung, Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik. Die Auseinandersetzung mit Zukunftsszenarien ist nach wie vor der rote Faden. Wir haben uns gemeinsam mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachrichtungen und durchaus auch mit unterschiedlichen Weltanschauungen den Themen der Neuorientierung des

Staatswesens und der Zukunft des Humankapitals gewidmet. Besonders interessant vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges war in unserer letzten Sitzung die Diskussion mit drei hochkarätigen Speakern zur Frage „Zeitenwende in Europa. Wie kann die Zukunft gelingen?“

Was ist Ihre Conclusio aus der Diskussion zur Zukunft Europas?

Europa ist ein wichtiger und mächtiger Wirtschaftsraum. Diese Marktmacht müssen wir im System- und Großmächtekonflikt klug einsetzen und entschieden handeln. Um die wirtschaftliche Stärke Europas zu erhalten, sollten wir in der Technologie-Entwicklung aufholen, auf Zukunftstechnologien setzen und unser Gewicht in der Standardsetzung halten. Das ist wichtig, weil die Frage der Regulierungskraft damit verbunden ist, welche Form der Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie wir im digitalen Zeitalter vor Augen haben. Eine der entscheidenden Fragen für Europa wird außerdem sein, ob neue Energie-Technologien weltweit exportiert werden können. Insgesamt müssen wir auf jeden Fall diversifizieren und exzessive Abhängigkeiten reduzieren. Das wird etwas kosten. Was wir tun können, ist die Handelsliberalisierung, die preisdämpfend und wohlfördernd wirkt, zu anderen

wirtschaftlichen Regionen hin auszubauen. Österreich ist eine kleine Volkswirtschaft, hat aber eine wichtige Rolle, wenn es um die unter Druck geratenen Werte in den Nachbarstaaten und um die Integration der Westbalkan-Staaten geht.

Was nehmen Sie sich noch vor?

Wir wollen grundsätzlich intensiver die notwendigen Voraussetzungen, sowie die Wechsel- und Folgewirkungen, die von bestimmten Zielsetzungen in diversen Politikfeldern ausgelöst werden können, verstehen und diskutieren. In der Herbstsitzung werden wir uns der Inflation und dem Szenario Stagflation widmen und uns anschauen, wie wir uns darauf wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vorbereiten können.

ZUR PERSON

Axel Kühner steht seit 2010 als erster externer CEO an der Spitze des weltweit erfolgreichen Familienunternehmens, des Kunst- und Schaumstoffproduzenten Greiner AG. Seit Herbst 2020 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Davor lenkte er für zwei Jahre den IV-Ausschuss für Bildung und Gesellschaft.

AKTUELLES IN KÜRZE

Ausgezeichnete unternehmerische Verantwortung

Es klingt ein bisschen wie aus dem Märchen: Die Rabmer Gruppe verwandelt Abwasser in saubere Energie. Das geht so: Abwasser aus Dusche, Küche und WC fließt mit bis zu 30 Grad durch die Kanäle. Das Unternehmen aus Oberösterreich nutzt diese Wärme aus den Eingeweiden der Städte, um Gebäude und ganze Siedlungen zu heizen, zu kühlen und mit sauberem Warmwasser zu versorgen. Das Gute daran: Abwasser ist rund um die Uhr verfügbar und kostet nichts. Zu den Kunden gehören kleinere Gemeinden, aber auch die Stadt Wien. Diese Innovation wurde in der Kategorie Klimaschutz ausgezeichnet.

In der Kategorie Internationales Engagement gewann der Healthcare-Spezialist Lohmann & Rauscher mit seinem Projekt „Empowerment und Training für Wundmanagement in Malaysia“. Chronische Wunden sind weltweit ein Problem, allein in Malaysia sind rund 1,3 Millionen

Menschen betroffen. Besonders in ländlichen Gebieten ist eine standardisierte Wundversorgung nach medizinischen Mindestkriterien oft nicht gewährleistet. Werden Wunden nicht adäquat versorgt, kann das zu chronischen Erkrankungen und im schlimmsten Fall zu Amputationen oder Tod führen. Wenn jedoch gut ausgebildete Krankenpfleger ins Haus kommen, kann menschliches Leid verhindert und auch volkswirtschaftliches Vermögen erspart werden. Lohmann & Rauscher bot mit einer malaysischen Universität einen Postgraduierten-Diplomkurs Wundpflege-Management und einen Wundpflege-Management-Grundkurs an.

Der TRIGOS zeigte einmal mehr auf, wie Unternehmensverantwortung in Kombination mit Innovationskraft zu einer nachhaltigen Zukunft beiträgt. Die IV gratulierte den Gewinnern sowie den Nominierten des TRIGOS sehr herzlich!



Alle TRIGOS Gewinner v.l.n.r.: Sandra Weinberger (TELE Haase Steuergeräte GesmbH), Anja Haider-Wallner (FreuRaum eG), Meinrad Ettengruber (GLS Gemeinschaftsbank eG), Ulrike Rabmer-Koller (Rabmer Gruppe), Diana Reuter (Gebrüder Woerle Ges.m.b.H), Georg Votava (Lohmann & Rauscher GmbH), Kilian Kaminski (Refurbed GmbH)



Mittelbeschluss zu FTI-Schwerpunkten des „Fonds Zukunft Österreich“ 2022

Der Fonds Zukunft Österreich hat erstmals Mittel zur Finanzierung von grundlagen- und anwendungsorientierter Spitzenforschung ausgeschüttet. Bereits zuvor hatten die drei für Forschung zuständigen Ministerien die strategischen Schwerpunkte für die Mittelverwendung festgelegt. Insgesamt werden knapp 146 Mio. Euro für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt. Davon gehen 42 Mio. Euro an die Forschungsförderungsgesellschaft FFG, 40 Mio. Euro an den Wissenschaftsfonds FWF und 13 Mio. Euro an die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Weiters erhalten die Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) 8,56 Mio. Euro, die Christian Doppler For-

schungsgesellschaft (CDG) 14,8 Mio. Euro und die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws) 12 Mio. Euro. Zudem wurden 15,6 Mio. Euro für den Schwerpunkt "Disruptive/radikale Innovation" reserviert. Diese Mittel sollen über FFG, FWF und aws vergeben werden.

Erfreulich ist, dass für die Industrie besonders wichtige Schwerpunkte wie F&E im Halbleiterbereich, Künstliche Intelligenz, Digital Europe und CD-Labore gut dotiert wurden. Wichtig ist jetzt, bei den reservierten Mitteln themenoffene Erfolgsformate der angewandten Forschung zu berücksichtigen und die konkreten Ausschreibungen rasch auf den Weg zu bringen.

Junge Industrie goes Brüssel

Nach einer coronabedingten Pause ging es im Juni für die Junge Industrie endlich wieder einmal nach Brüssel. Dabei konnten 14 Mitglieder der Jungen Industrie einen Blick hinter die Kulissen der EU-Institutionen werfen und europäische Politik hautnah miterleben. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten eine wichtige Reise, um Hintergründe und Funktionsweisen der EU besser verstehen zu können.

Bei der zweitägigen Reise wurde mit unterschiedlichen Entscheidungsträgern von BusinessEurope, dem Europäischen Rat oder der Kommission, über europapolitische Vorhaben und Herausforderungen diskutiert. Zentrales Thema war der russische Krieg gegen die Ukraine, dessen Implikationen für Europa, aber natürlich auch die energiepolitischen Auswirkungen und Risiken für Österreich. Besonders spannend in diesem Zusammenhang war der Austausch zum Thema Versorgungssicherheit der EU-Länder mit Piotr Serafin, Direktor für Energie und Infrastruktur vom Generalsekretariat des Rates.

Aber auch andere zentrale Themen wurden diskutiert, zum Beispiel wie die strategische Souveränität Europas mittels europäischer Wettbewerbspolitik und Kartellrecht gesichert werden kann, wie der Triolog zwischen Kommission, EU-Rat und Parlament funktioniert, oder welche budgetären

Implikationen die aktuellen Krisen und Herausforderungen haben. Generaldirektor Markus Beyrer hat außerdem einen Einblick gegeben, wie Interessensvertretung auf europäischer Ebene funktioniert. Alles in

allem wieder einmal eine spannende Reise ins Herz der EU, bei dem erneut festgestellt wurde, dass wir für zahlreiche Herausforderungen ein gemeinsames und starkes Europa brauchen.



Wir sind Teil der Lösung

Als Industrie – vom Start-up und Scale-up bis zum Großunternehmen – leisten wir einen wesentlichen Beitrag. Man muss uns nur lassen

Im Juni hat nach coronabedingter Pause wieder einmal die JI-Reise nach Brüssel stattgefunden – ein großes Danke an das IV-Büro Brüssel an dieser Stelle für die Unterstützung bei der Organisation. Der zweitägige Einblick war eine spannende Gelegenheit, hinter die Kulissen zu blicken und zu erkennen, dass die EU nicht immer das träge Konstrukt ist, das man oft vor Augen hat. Es hilft enorm, im Herzen von Brüssel zu sein, um Vorgänge besser verstehen zu können – das heißt aber noch nicht immer, dass man sie inhaltlich teilt.

Mehr Fokus auf die wichtigen, strategischen Themen würde definitiv nicht schaden. Das gilt gleichermaßen für die EU wie für die österreichische Politik. Es scheint, dass die geopolitischen Herausforderungen immer mehr werden, die Antworten der Politik aber immer vager und weniger treffsicher. Es wird versucht, Verantwortung bei möglichst vielen Themen abzuschieben, andererseits werden Rahmenbedingungen immer starrer.

Als Industrie füllen wir Lücken im System sowieso seit Jahren. Sei es bei der Schaffung zusätzlicher Elementarbildungsplätze, bei der Aus- und Weiterbildung unserer Lehrlinge oder bei der betrieblichen Pensionsvorsorge. Wir überlegen uns Lösungen, wo die Politik keine findet, und investieren in Bereiche, die die Politik zu wenig beachtet.

Das gilt übrigens auch für die Energiewende und den Klimaschutz. Als Unternehmen sind wir an vorderster Front und überlegen regelmäßig, wie wir unseren Beitrag leisten können. Das gilt für viele unserer JI-Mitglieder. Und dazu zählen die Traditionsbetriebe der Jungen Industrie gleichermaßen wie die jungen innovativen Start-ups mit Entwicklungspotential bzw. Scale-ups. Wir sind Teil der Lösung. Dazu braucht es aber den notwendigen Raum und Verständnis – auf nationaler, vor allem aber auch auf EU-Ebene.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Weg mit Innovationsbarrieren – wie kann Österreich Top-Gründerland werden?

Drei wesentliche Rahmenbedingungen müssen durch den Staat geschaffen werden, um für innovative Jungunternehmen als Standort attraktiv zu sein: Zugang zu Markt, Finanzierung und Humankapital, meint gruppe1031-Experte Jordan Georgiev, Gründer von Asembly

Die relativ kleine Marktgröße Österreichs wird durch den Zugang zum EU-Markt und den traditionell starken Auftritt in Osteuropa kompensiert, zudem können wir unsere Stärke als Testmarkt ausspielen. Dennoch sind wir im Ranking der Weltbank in der Kategorie „Starting a business“ nur auf Platz 127. So dauert die Gründung einer GmbH in Estland durchschnittlich 3,5 Tage, während dieser Wert in Österreich bei 21 Tagen liegt. Um hier aufzuholen, müssen Prozesse und Interaktionen einem „digital first“ Prinzip folgen, zudem müssen Vergaberichtlinien den Start-up-Markt besser berücksichtigen. Ein „One-stop-Shop“ für Start-ups, der alle Gründungsservices bündelt und

vereinfacht, würde sowohl die Prozesse beschleunigen als auch zu einer effizienten Verwaltung beitragen.

Im Bereich der Finanzierung punkten wir mit Förderprogrammen und einer ausgebauten Investoren-Community, die Mobilisierung von Risikokapital insbesondere in Seed, und Late-Stage Runden ist aber noch nicht ausreichend. Um in diesen kritischen Phasen eine Abwanderung ins Ausland zu vermeiden, müssen steuerliche Barrieren abgebaut werden. Die Abzugsfähigkeit einer Eigenkapitalrendite würde die Bereitstellung privaten Risikokapitals anregen. Ebenso sollten auch institutionelle Investoren einen Teil des verwalteten Vermögens in Risikokapital investieren dürfen. Während EU-weit acht Prozent

des VS Fonds-Kapitals aus Pensionsfonds stammen, sind es in den USA 20 Prozent.

Beim Zugang zum Humankapital braucht es insbesondere verbesserte und digitalisierte Prozesse rund um die Rot-Weiß-Rot-Karte für Gründer und Mitarbeiter. Durch eine neue Gesellschaftsform für Start-ups soll zudem die Unternehmensgründung und die Mitarbeiterpartizipation attraktiver werden und Stock-Options Modelle erleichtern.

WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen der gruppe1031 finden Sie auf www.gruppe1031.at

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Maria Schmidt-lankova, Marlena Mayer, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Gert Eggenberger, IV-NÖ/Leyrer + Graf, IV-OÖ/JKU, Anita Grillinger, Land OÖ, IV-Salzburg/Wildbild, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg/Frederick Sams, IV-Wien/Hannes Winkler

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



ViennaUP'22: Wien als Business- und Start-up Hotspot im Rampenlicht

Das achttägige internationale Start-up-Event lockte bis zu 10.000 Besucher aus 67 Nationen an.

Über 30 verschiedene Veranstaltungen boten im Rahmen der von der Wirtschaftsagentur Wien initiierten und von der Industriellenvereinigung Wien unterstützten ViennaUP'22 den Besuchern von 27. Mai bis 3. Juni ein abwechslungsreiches Programm.

Insgesamt 60 Einzelveranstaltungen in 28 unterschiedlichen Locations in elf Wiener Gemeindebezirken drehten sich rund um die Themenbereiche Technologie, Umwelt, Soziales und Frauen als Business Leaderinnen. Zentrum des Großevents war die Festival-„Homebase“ am Wiener Karlsplatz, welche von den teilnehmenden Start-up-Unternehmern zum Netzwerken und Austauschen von Erfahrungen genutzt wurde.

Im Vorfeld der ViennaUP'22 fand zudem eine groß angelegte internationale Marketingkampagne statt, um den Wirtschafts- und Start-up-Standort Wien international ins Rampenlicht zu rücken. „Die Stadt und die Wiener Start-up-Szene haben sich mit der ViennaUP'22 einen fixen Platz unter den größten und relevantesten Start-up-Festivals in Europa erobert. Wir haben uns als Start-up-Hub in den letzten beiden Jahren enorm schnell entwickelt und zu den etablierten Start-up-Hubs aufgeschlossen“, betonte Peter Hanke, Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke anlässlich der Eröffnung des Festivals.

Derartige Großevents gehören zu den zentralen Hebeln, um Wien international noch stärker als Innovationsstandort zu positionieren. Zu diesem Ergebnis kam auch eine von der IV-Wien 2021 initiierte Studie, die allerdings punktuell noch Verbesserungsbedarf zu den europäischen Top-Start-up-Metropolen München, Amsterdam und Zürich feststellte.



Die Studie identifizierte die Stärkung der Wiener Hochschulen als Quelle technologischer Innovation sowie die Verbesserung der Kooperationen zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups als wichtige Handlungsfelder, um im internationalen Städtewettbewerb weiter aufzuholen.

„Kooperationen und eine intensive Zusammenarbeit zwischen etablierten Unternehmen und innovativen Start-ups sind in vielen globalen Technologie-Hotspots schon lange ein wesentliches Erfolgsrezept – man denke etwa an das Silicon Valley oder an Singapur“, betont IV-Wien Geschäftsführer Johannes Höhrhan. Die ViennaUP'22 ist in diesem Zusammenhang eine hervorragende Visitenkarte und leistet einen wesentlichen Beitrag, Brücken zwischen den etablierten Akteuren des Standorts und neuen innovativen Start-ups zu schlagen.



Die Junge Industrie feiert das jährliche Sommerfest

Am 25. Juni kamen die Mitglieder der JI-Wien und der JI-Niederösterreich/Burgenland an der Alten Donau zum geselligen Austausch zusammen.

Steven Blaha, Vorsitzender der JI-Niederösterreich/Burgenland, eröffnete gemeinsam mit JI-Wien Vorstandsmitglied Markus Neubrand das traditionelle Sommerfest an der Alten Donau. Blaha hob in seiner Ansprache die herausfordernden letzten Monate hervor, insbesondere den Krieg in Europa, die neuerlich steigenden Infektionszahlen und die hohen Energiekosten gepaart mit anhaltenden Lieferengpässen. Umso wichtiger sei es, sich auf die positiven Momente des angebrochenen Jahres zu besinnen.

Dabei wurde vor allem die hervorragende Zusammenarbeit der beiden Landesgruppen bei zahlreichen vergangenen Veranstaltungen betont. Neben spannenden Betriebsbesichtigungen in Wien, Niederösterreich sowie im Burgenland und internationalen

Formaten wie die „Talk Around The World“ Reihe der JI-NÖ/Burgenland blickten die Mitglieder auf viele informative Podiumsdiskussionen und Politik-Talks im Rahmen der inhaltlichen JI-Schwerpunkte zurück.

Mit Ausblick auf die kommenden Höhepunkte im Herbst – vor allem die JI-Bundestagung von 20. bis 22. Oktober in Wien – wurde das Sommerfest schließlich feierlich mit spannenden „Leitergolf“-Partien eröffnet.



Steven Blaha und Markus Neubrand eröffnen das Sommerfest.



Fotos: Hannes Winkler, Lorenz Seidler, David Bohmann

Kühler Kopf statt heißer Herbst

Die hohe Inflation hat zumindest einmal zu einer systemischen Reform in Österreich geführt. Das ist gut so, die Menschen brauchen mehr Netto vom Brutto. Mit Blick auf die Lohnverhandlungen im Herbst wird nun aber viel Vernunft und Augenmaß gefragt sein.



DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debatte@iv.at

Die Inflation ist mittlerweile für alle spürbar. Steigende Preise machen das Leben teurer, ob nun an der Tankstelle oder im Supermarkt. Die Menschen brauchen mehr Geld. Aus genau diesem Grund haben wir auch seitens der IV-Wien immer und immer wieder gefordert, dass endlich die kalte Progression abgeschafft und kleinere Einkommen über eine Senkung der Lohnnebenkosten zusätzlich entlastet werden müssen.

Bei aller an dieser Stelle oft geäußerten Kritik an der heimischen Politik sowie dem chronischen österreichischen Reformunwillen, wenn es um systemische Reformen geht, muss man nun auch einmal festhalten: E pur si muove! Und sie bewegt sich ja doch, die Politik. Mit dem jüngsten Antiteuerungspaket wurde ein ausgewogener Mix aus Maßnahmen für Menschen und Unternehmen gefunden, und vor allem: Die Politik hat sich trotz des anfänglichen Unwil-

lens (man denke nur an manche Aussagen von Regierungsmitgliedern noch zu Jahresbeginn...) auf eine wirklich nachhaltige, weil systemische Reform geeinigt. Die kalte Progression wird endlich abgeschafft – zumindest größtenteils.

Wird das alles aber reichen, um den Menschen in Zeiten der galoppierenden Teuerung spürbar zu helfen? Mit Blick auf den Herbst kommt dieser Frage inzwischen eine ganz besondere Bedeutung zu. Denn seitens der Gewerkschaften wird bereits seit dem Vorjahr getrommelt, dass man sich die hohe Teuerung über die KV-Verhandlungen „zurückholen“ werde. Das ist aus Sicht der Gewerkschaften eine verständliche Position. Auf den ersten Blick klingt die Forderung auch plausibel. Aber die Wahrheit ist selten eindimensional – und im Herbst wird es entscheidend sein, kühlen Kopf zu bewahren und die Gesamtsituation im Blick zu behalten. Ansonsten könnte ein „heißer Herbst“ in einem Pyrrhussieg enden: Überzogene Forderungen würden die ohnehin schwierige Lage der Unternehmen in eine unmögliche verwandeln, das hilft niemandem.

Aber eines nach dem anderen. Zuerst einmal: Dass wir in Zeiten steigender Inflation steuern, wussten wir bereits im Vorjahr – der schreckliche Krieg in der Ukraine mag manches verschärft und beschleunigt haben, die Ursache für die Teuerung ist er aber nicht allein. Bei den damaligen KV-Verhandlungen wurden dann aufgrund der steigenden Preise höhere Abschlüsse gefordert. Die KV-Abschlüsse waren also vom Blick nach vorne, auf eine vermutete Zukunft motiviert, anstatt wie sonst üblich von der durchschnittlichen Teuerungsrate der vergangenen zwölf Monate. Müsste man also in diesem Herbst nicht auch wieder den Blick nach vorne richten – und damit in eine Zeit, in der wir von den hohen Teuerungsraten zumindest teilweise wieder runterkommen werden? Es geht nicht an, sich immer nur jene Betrachtungsweise, retrospektiv

oder zukunftsorientiert zu wählen, die einem gerade am besten in den Kram passt.

Damit kurz zurück an den Anfang: Das Leben wir teurer, die Menschen brauchen mehr Geld. Daran ist nicht zu rütteln, und genau das wurde auch von unserer Seite in den vergangenen Monaten immer wieder nachdrücklich gegenüber der Politik vertreten. Es geht hier also nicht darum, den Menschen etwas wegzunehmen oder vorzuenthalten. Ganz im Gegenteil: Auch wir haben stets gesagt, dass wir natürlich wollen, dass von dem Geld, das unsere Mitarbeiter verdienen, auch tatsächlich mehr bei diesen in der Geldtasche landet. Und nicht etwa beim Finanzminister – Stichwort kalte Progression.

Nun wurden seitens der Bundesregierung zahlreiche Entlastungsschritte gesetzt. Die zu erwartenden Effekte dürfen wir und auch die Gewerkschaften nicht aus den Augen verlieren. Neben der Abschaffung der kalten Progression werden die Sozialleistungen valorisiert und die Lohnnebenkosten gesenkt. Unternehmen können heuer oder 2023 einen zusätzlichen Arbeitslohn von bis zu 3.000 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei auszahlen. Familien werden besonders unterstützt: So werden im August 180 Euro pro Kind zusätzlich zur Familienbeihilfe ausbezahlt, beim Klimabonus - 250 Euro plus weitere 250 Euro Teuerungsbonus kommen pro Kind weitere 250 Euro dazu und außerdem werden der erhöhte Familienbonus sowie der Kindermehrbetrag auf Jänner 2022 vorgezogen. Menschen mit geringem Einkommen erhalten als weitere Einmalzahlung im September 300 Euro. 2022 wird obendrauf ein Teuerungsabsatzbetrag in Höhe von 500 Euro eingeführt.

All dies muss auch im Rahmen der bevorstehenden Lohnverhandlungen verantwortungsvoll eingepreist werden! Gerade in so krisenhaften wirtschaftlichen Zeiten spielen Lohnabschlüsse, insbesondere mit

Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, eine zentrale Rolle. Wir dürfen dabei das Gesamtbild nicht aus dem Blick verlieren: Die Preissteigerungen, etwa bei Energie und Rohstoffen treffen die Unternehmen derzeit ebenso mit voller Wucht. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt jedenfalls weiter volatil: Sollte der Ukraine-Krieg zu einem Ende der Gaslieferungen nach Österreich führen, dann müssen manche Industriebetriebe ohnehin im Herbst ihre Tore schließen. Es ist also sicher nicht die beste Zeit für weitere, nachhaltige Belastungen der Unternehmen. Vom Anheizen der Lohn-Preis-Spirale ganz zu schweigen.

Der sich weiter zuspitzende Arbeitskräftemangel treibt das allgemeine Lohnniveau ohnehin ständig weiter hinauf. Wie wäre es in dieser Situation eigentlich mit einer stärkeren Differenzierung zwischen der Anpassung der Mindest-KVs und der Ist-Löhne und -Gehälter? In der aktuellen, außergewöhnlichen Situation, flankiert durch ebenso außergewöhnliche Unterstützungsmaßnahmen, wäre es kontraproduktiv, Lohnerhöhungen nicht nur in den KV-Mindeststufen für ewig „einzuzementieren“, sondern auch bei jenen, die weit mehr verdienen. Gerade wir in der Industrie zahlen in der Regel massiv über den Mindest-KVs. Mittelfristig können aber gerade diese Erhöhungen unsere Wettbewerbsfähigkeit deutlich reduzieren – vor allem dann, wenn wir nun in eine Rezession rutschen. Hier braucht es somit das richtige Augenmaß und einen sicheren Blick auf das Gesamtbild. Gemeinsam werden wir kluge Lösungen finden müssen, damit wir einen „heißen Herbst“ vermeiden können.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

WELCOME ON BOARD

Neue Mitarbeiterin im Team der Industriellenvereinigung Wien

Doris Hirt folgt Edeltraud Bienenstein

Doris Hirt übernimmt ab Juli die Assistenz der Geschäftsführung der IV-Wien. Sie folgt auf Edeltraud Bienenstein, die sich nach 31 Jahren in der IV-Wien in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedete. Doris Hirt hat ihre Tätigkeit in der Industriellenvereinigung 1991 als Assistentin in der Abteilung Bildungspolitik begonnen. Bis zum Wechsel

zur IV-Wien unterstützte sie seit 2001 die Bundesorganisation der Jungen Industrie, die Geschäftsführung des Höldrichsmühlen-Kreises und die gruppe1031, deren Geschäftsführung sie seit 2004 innehatte.

Wir danken Edeltraud Bienenstein vielmals für die langjährige hervorragende Zusammenarbeit und wünschen Doris Hirt alles Gute für die neue Herausforderung!



Wir danken Edeltraud Bienenstein für die großartige Zusammenarbeit!



Mit Doris Hirt übernimmt eine Mitarbeiterin mit viel Erfahrung.



„Gerade in Zeiten der Unsicherheit ist es die Aufgabe der Politik, Sicherheit zu geben.“

Bundeskanzler Karl Nehammer sprach mit den iv-positionen über aktuelle politische Themen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Politik steht angesichts der zahlreichen Krisen – vom Russland/Ukraine-Krieg über die Coronapandemie bis hin zur Klimaveränderung – vor großen Herausforderungen. Insbesondere die hohe Inflation und die steigenden Energiepreise halten Verbraucher und Wirtschaft in Atem. Die Bundesregierung hat aus diesem Anlass kürzlich ein Anti-Teuerungspaket auf den Weg gebracht. Was sind die Kernpunkte für die Wirtschaft? Bedarf es Ihrer Meinung nach noch weiterer Maßnahmen oder ist das Problem der massiven Teuerung damit ausreichend gelöst?

Gerade in Zeiten der Unsicherheit ist es die Aufgabe der Politik, Sicherheit zu geben. Nichts belastet die Menschen und die Unternehmen in unserem Land derzeit so stark wie die Teuerung. Diese Probleme haben wir erkannt und tun alles, um die Folgen der steigenden Inflation bestmöglich zu mildern. Wir haben neben der ökonomischen Steuerreform mit einem Volumen von rund 18 Mrd. Euro sowie zwei Anti-Teuerungspaketen am Anfang des Jahres in Höhe von insgesamt vier Mrd. Euro nun ein weiteres Entlastungspaket präsentiert. Damit entlasten wir Menschen und Wirtschaft noch einmal um 28 Mrd. Euro. Insbesondere für die Wirtschaft gibt es ein starkes Paket an Soforthilfen. Das beinhaltet eine Strompreiskompensation für 2022, 3.000 Euro Steuer- und Abgabefreibetrag für Mitarbeiterprämien sowie einen Direktzuschuss für energieintensive Unternehmen. So schnell und so umfangreich wie Österreich hat kein anderes Land in Europa auf die Teuerung reagiert. Die Maßnahmen, die wir gesetzt haben, werden in den kommenden Monaten ihre Wirkung entfalten und dann werden wir evaluieren, ob es weitere Schritte braucht.

Mit der angekündigten Abschaffung der kalten Progression wurde nun auch eine wichtige strukturelle Reform in Angriff genommen. Gibt es seitens der Bundesregierung Pläne, in naher Zukunft weitere strukturelle Veränderungen –



wie beispielsweise eine dringend notwendige Pensionsreform – vorzunehmen?

Die Abschaffung der kalten Progression ist wirklich ein historischer Schritt. Seit Jahrzehnten wird sie von Experten gefordert und von der Politik angekündigt – und diese Regierung setzt sie nun endlich um. Das ist nicht die einzige strukturelle Maßnahme, die wir mit diesem Paket in Angriff nehmen. Zukünftig werden auch Sozialleistungen an die Inflation angepasst. Aber auch die Wirtschaft profitiert enorm: Für Unternehmen senken wir beispielsweise die Lohnnebenkosten um insgesamt 450 Mio. Euro bis 2026. Zu den Pensionen: Klar ist, dass immer wieder Anpassungen notwendig sind, wir brauchen aber keine grundlegende Neuausrichtung unseres Pensionssystems. Stattdessen wollen wir Lücken schließen und Nachhaltigkeit sicherstellen. Das gelingt uns, indem wir neben einer hohen Beschäftigung auch Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit im Erwerbsleben setzen. Denn das ist das beste und effektivste Mittel, um das tatsächliche Pensionsalter an das gesetzliche

heranzuführen und so auch die Finanzierung des Pensionssystems zu stärken.

Angesichts der europaweit hohen Inflation braucht es neben einzelstaatlichen Maßnahmen auch eine europäische Strategie. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der Europäischen Zentralbank? Machen die hohen Schulden einiger europäischer Länder große Zinsschritte unmöglich?

Die Inflation ist eine Entwicklung, die über Österreich, aber auch über Europa hinaus Menschen und Wirtschaft belastet. Die Europäische Zentralbank nimmt in der Frage, wie wir gegen sie ankämpfen, natürlich eine wichtige Rolle ein. Diese Institution ist aus gutem Grund unabhängig und ich habe Vertrauen in sie. Als Nationalstaat können wir die Ursachen nur schwer bis gar nicht bekämpfen. Was wir aber tun können – und das tun wir auch bereits seit Anfang des Jahres – ist, die Auswirkungen der Inflation auf private Haushalte und Unternehmen bestmöglich abzufedern, indem wir sie entlasten und ihnen unter die Arme greifen.

Die Industrie steht vor der gewaltigen Herausforderung der digitalen und grünen Transformation, die ohne eine Offensive in Forschung und Technologieentwicklung nicht erfolgreich gemeistert werden kann. Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung für die Stärkung des Innovationsstandorts Österreich?

Unsere Wirtschaft und unsere Arbeitswelt verändern sich – in Österreich, in Europa und auf der ganzen Welt. Österreich ist hier dank seiner starken, diversifizierten und exportorientierten Wirtschaft in einer guten Position. Unsere Betriebe haben unglaubliches Potential. Als Bundesregierung wollen wir ermöglichen, dass dieses Potential genutzt werden kann, indem wir die besten Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dabei geht es zum Beispiel um Rechtssicherheit für Investitionen – Stichwort UVP-Verfahren – und vor allem auch um das Vorhandensein von Fachkräften. Hier haben wir beispielsweise mit der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte oder der Gründung einer neuen Technischen Universität in Linz bereits wichtige Schritte gesetzt.

Sie haben den Gästen des IV-Wien Sommerfestes am 2. Juni eine spannende Keynote zu aktuellen politischen Themen gegeben. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Takeaways der Veranstaltung und welche Bedeutung hat der Dialog mit der österreichischen Industrie für Sie?

Es hat mich unglaublich gefreut, zu Gast beim Sommerfest der Wiener Industriellenvereinigung zu sein. Solche Veranstaltungen sind für mich immer ein Ort zum Krafttanken. Ich betone oft, dass ich ein Lernender bin – so lerne ich auch, wenn ich bei Veranstaltungen wie dieser mit den Teilnehmenden spreche. Politik lebt meiner Ansicht nach vom Dialog untereinander, denn beim Reden kommen die Leute zusammen. Meine wichtigsten Takeaways sind also einerseits ganz klar der Austausch mit IV-Wien Präsident Christian Pochtler, aber auch die vielen Gespräche mit den Gästen vor Ort.